

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfach 67 577.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 s je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
67 577.

Nr. 247.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 21. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

Die wenigsten Menschen verstehen die Kunst aller
Künfte: wollen zu können. Lavater.

Die ersten Kämpfe im Reichstag!

Run hat sich der neue Reichstag vorgestellt und die ersten Arbeiten haben begonnen. Man kann nicht behaupten, daß das Gesamtbild im und um den Reichstag in diesen Tagen erquickend und herzerhebend gewesen wäre. Es zeigten sich allerlei Begleitererscheinungen, die die Ehrfurcht, die manchen Besucher des Reichstages in Vorkriegsjahren befehlte, in das Gegenteil verwandelt haben. Schon das äußere Bild gab zu denken. Während man früher ungestört zu den Eingängen des Reichstages gelangen konnte, waren bei den ersten beiden Sitzungen im weiten Umkreis alle Zugänge abgesperrt und wer nicht im Besitz einer auf den Reichstag lautenden Legitimation war, mußte unwiderruflich der Gewalt der Polizei weichen und den Rückmarsch antreten. Daß es dabei zu großen Unfolligkeiten kam und schließlich in der Gegend um den Potsdamer Platz und in der Leipziger Straße Fensterscheiben eingeschlagen wurden, ist bedauerlich und zu verurteilen. Manche Beurteiler dieser Vorgänge sind der Auffassung, daß die Schupomannschaften die herandrängenden Menschenmengen unnötig gereizt hätten. Wir wollen uns darüber ein Urteil nicht erlauben, aber aus eigenem Miterleben doch zum Ausdruck bringen, daß eine ganze Menge junger Burken dem Reichstag zustrebte, denen man den Verbrechertyp auf den ersten Blick ansah. Daß solche Elemente die ersten Stunden benutzten, um Ausschreitungen zu begehen, liegt in der Natur dieser Menschen, die eben nur Freude am Radau haben und solche Augenblicke nicht vorübergehen lassen, um im Trüben zu fischen. Daß dann oftmals Unschuldige mit hineingezogen werden, läßt sich wohl nicht immer vermeiden, so betrüblich es auch sein mag. Wenn diese Vorkommnisse auch ein Zeichen ernster und kritischer Stimmung, die in Berlin zur Zeit vorhanden ist, sind, so hat die ausländische Presse trotzdem stark übertrieben, wenn sie von großen Straßenkämpfen usw. schreibt. Es kann in Berlin sehr schnell vorkommen, daß bei passender oder unpassender Gelegenheit einige Tausend Menschen zusammenlaufen, kleinere Reizereien anzetteln oder auch einige Fensterscheiben einschlagen; es ist das meistens ein Werk kurzer Augenblicke, die ein paar erregte Stunden zur Folge haben und dann ist alles vorüber.

Kampfstimmung herrschte auch am Eröffnungstage im Reichstag. Die beiden extremen Außenparteien, die Nationalsozialisten und Kommunisten begrüßten sich nicht gerade lebenswürdig, obwohl sachliche Gegensätze noch nicht zum Austrag gebracht wurden. Immerhin gelang es dem alten, greisen und ehrwürdigen Alterspräsidenten, Herrn Abgeordneten Herold, im großen und ganzen die Ruhe wiederherzustellen. Daß die Nationalsozialisten, der Ordnung des Hauses zuwider, in ihrer Uniform den Sitzungssaal beschritten, wurde auf Verabredung von den anderen Parteien nicht tragisch genommen, was wohl zur Folge hatte, daß in der Mittwochsitzung die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion ebenfalls in gewöhnlicher Bürgerkleidung an der Sitzung teilnahmen. Der Mittwoch brachte die Gemüter schon etwas stärker in Aufregung. Die Nationalsozialisten hatten zu erkennen gegeben, daß sie nicht bereit seien, der Tradition des Hauses zu folgen und der stärksten Partei, in diesem Falle der Sozialdemokratischen Partei, den ersten Präsidenten zu gewähren. Die Präsidienwahl gestaltete sich deshalb zu einem Kampfspektakel ersten Ranges. Die Nationalsozialisten hatten in Uebereinstimmung mit der D.V.P. Herrn Dr. Scholz als Kandidaten nominiert. Die Abstimmung ergab, daß die Rechte incl. der Mittelparteien keine einheitliche Stellung für Dr. Scholz einnahmen, sondern zum Teil ausbrachen und für Lobe stimmten, während die Deutschnationalen einem eigenen Kandidaten die Stimme gaben. Man kann sich den Eindruck nicht erwehren, daß, wenn man schon ernsthaft Herrn Lobe einen Kandidaten entgegenstellen wollte, es dann viel besser ausgefallen hätte, wenn die Rechts- und Mittelparteien geschlossen vorgegangen wären. So aber blieb Scholz von vornherein gegenüber Lobe im Hintertreffen, um dann bei der Stichwahl sogar sehr merklich der Unterlegene zu sein. Alle diese Vorgänge haben nicht dazu beigetragen, einen starken rechten Block zu fördern.

In diesem Zusammenhang darf wohl die gegenwärtige parlamentarische Lage als sehr unklar und dunkel bezeichnet werden. Wenn schon nach der Wahl in bezug

auf Regierungsbildung ein großes Rätselraten einsetzte und Berechnungen angestellt wurden, welche Koalition im neuen Reichstag möglich sein könnte oder nicht, so hat die Weiterentwicklung dazu beigetragen, schwache Punkte, die nach der einen oder anderen Seite vorhanden waren, völlig auszulöschen. Die Parteien der Mitte sind für das Kabinett Dr. Brüning distanzierter und die Wirtschaftspartei, wie auch die Deutsche Volkspartei haben unzweifelhaft zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt seien, ein Kabinett zu unterstützen, das von der Sozialdemokratie, wenn auch nur wohlwollend geduldet würde. Hier liegt der Schwerpunkt. Die Sozialdemokraten haben natürlich erkannt, daß, wenn es zur Bildung eines starken Rechtsblocks und damit zu einer Rechtsregierung kommt, dann nicht nur ihr Einfluß im Reichstag auf den Nullpunkt gesunken ist, sondern daß auch große Gefahr besteht, in Preußen die Vormachtstellung zu verlieren. Zwar hat das Zentrum zu erkennen gegeben, einsteilen in Preußen nichts ändern zu wollen, aber es ist in der betreffenden Zentrumsentscheidung doch betont worden, daß man auch anders kann, wenn die Sozialdemokraten etwa unartig werden sollten. Diese Situation hat den preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun veranlaßt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beschwören, um alles in der Welt nichts zu unternehmen, was dem Reichskanzler Dr. Brüning gefährlich werden könnte. Die Sozialdemokraten werden deshalb, launisch, wie sie z. B. sind, der Beratung der Notverordnungen in den Ausschüssen keine Schwierigkeiten bereiten, und sie werden auch zu verhindern suchen, daß die Mißtrauensvotumsanträge im Reichstag keine Mehrheit finden.

Andererseits scheinen, nach dem, was man bisher gehört hat, die Nationalsozialisten wenig Lust zu haben, durch Eintreten in die Regierung die Verantwortung mitzübernehmen. Vielleicht ist es ja auch angenehmer, nur Agitationspolitik zu machen, als an gesetzgeberischen Arbeiten teilzunehmen, die auf Grund unserer heutigen wirtschaftlichen Lage unpopulär wirken müssen.

Alles in allem kann heute noch kein Mensch sagen, was die nächsten Tage oder Wochen bringen werden. Sollte die Regierung ein Mißtrauensvotum erhalten, muß sie natürlich nach der Verfassung zurücktreten, so daß dann die Frage entsteht: Was wird werden? Gewiß gibt es die Möglichkeit, dann den Reichstag wiederum aufzulösen, aber es darf angenommen werden, daß das Kabinett bezw. der Herr Reichspräsident sich zu einer solchen Maßnahme nicht entschließen wird, da eine nochmalige Wahl wahrscheinlich ein Ergebnis zeitigt, welches für das Kabinett noch ungünstiger ist. Vielmehr ist mit der Tatsache zu rechnen, daß das Kabinett, vielleicht mit kleinen Änderungen oder Ergänzungen, sofort wieder ernannt, der Reichstag nach Hause geschickt und mit § 48 weiter regiert wird. Ueber die Weiterentwicklung, die dann einsehen kann, wollen wir uns in diesem Artikel nicht verbreiten, sondern nur zum Ausdruck bringen, daß die Lage in der Tat sehr ernst ist. Die deutsche Wirtschaft hat gerade in der letzten Zeit durch starke Rückzahlungen kurzfristiger Anleihen an das Ausland einen sehr starken Mangel an Geld erfahren. Die Arbeitslosigkeit wird sich im Laufe der Wintermonate noch bedeutend vermehren, außerdem wird mit den Forderungen der Arbeitgeber, Löhne und Gehälter herabzudrücken, auch noch die Möglichkeit großer Streiks gegeben, was alles die bereits vorhandene schlechte Stimmung bis zur Siedehitze steigern kann. Angesichts dieser Aussichten darf wohl gesagt werden, daß der Reichsregierung sowohl wie dem deutschen Volke der schwerste Winter bevorsteht, den wir je gehabt haben.

Das neue Braunschweig.

Der Freistaat Braunschweig war nach 1918 mit Sachsen und Thüringen der Dritte im Bunde der radikal links regierten Länder Mitteldeutschlands. Mancherlei Wechselbeziehungen bestanden zwischen diesen Staaten, alle drei haben den „Segen“ einer von Kommunisten und Sozialdemokraten geführten Politik so reichlich zu spüren bekommen, daß nur die Reichswehr schließlich noch reine Bahn schaffen konnte. Unabhängige und Spartakisten mit Schneider Merges an der Spitze machten sich an, nach dem Ausbruch der Revolution und der Vertreibung des braunschweigischen Herzogs das Staatsruhr in die Hand zu nehmen. Sie hatten mit ihren sächsischen und thüringischen Genossen eine große Idee: die Zusammenfassung

aller mitteldeutschen Gebiete zu einer einzigen Sowjetrepublik und deren schließliche Ausdehnung über die nördlichen Grenzen Braunschweigs hinaus bis zu den nordischen Hafenstädten und Oldenburg. In welcher phantastischen Farben damals das neue Paradies von diesen „Propheten“ geschildert wurde, klingt heute kaum noch glaubhaft. Auf jeden Fall gingen sie eifrig ans Werk und zerstörten alles Alte, jede Ordnung schien auf den Kopf gestellt. Wenngleich dieses radikale System nicht allzu lange aushielt, so blieben doch auch weiterhin die bürgerlichen Parteien in der Minderheit und die eigentliche Sozialdemokratie beherrschte die Lage. Ein hunderter Wechsel sozialistischer Kabinette mit oder ohne geringen bürgerlichen Einschlag ruinierte auch weiter die Staatsfinanzen und das öffentliche Leben. Die Braunschweiger Sozialisten richteten sich genau nach dem sächsischen Beispiel, brachten in alle führenden Beamten- und Verwaltungsstellen Parteigenossen und schickten sich an, mit Hilfe dieser Ämter und Verwaltungen allmählich das ganze Staats- und Volksleben in seinen Einzelteilen zu beherrschen. Leider mußten 12 Jahre vergehen, bis dieses System gestürzt werden konnte. Der 14. September dieses Jahres brachte für Braunschweig, wo gleichzeitig mit der Reichstagswahl auch Landtagswahlen stattfanden, eine absolute Mehrheit der bürgerlichen Parteien. Im letzten Landtag hatte die Sozialdem. Partei noch genau die Hälfte aller Landtagsmandate, d. h. 24 von 48. Sie erhielt aber am 14. September nur noch 17, erlitt also den empfindlichen Verlust von 7 Mandaten. Allerdings ist hier zu beachten, daß der neue Landtag auf Grund einer Neuordnung statt 48 nur noch 40 Abgeordnetenitze in Zukunft aufweist. Trotzdem ist natürlich der Verlust der Sozialdemokraten groß genug, da sie ja dann wenigstens 20 Sitze hätte erreichen müssen. Gleichzeitig konnten auch die Kommunisten keine Sitze dazu gewinnen, obwohl sie rein zahlenmäßig gewonnen hatten, sie erhielten lediglich ihre zwei bisherigen. Und da endlich auch die Staatspartei, die bis dahin unter der Flagge der Demokraten noch zwei Sitze hatte, nur noch einen wiedergewinnen konnte, so war der Linkskurs der Regierung (die Demokraten waren zur Linken zu zählen) damit erledigt. Die bürgerliche Einheitsliste erhielt 11 Mandate und die Nationalsozialisten 9. Die Bürgerlichen und die Nationalsozialisten haben also im neuen Landtag schon allein ohne Demokraten die Hälfte aller Mandate.

Die neue braunschweigische Regierung wurde gebildet von dem Deutschnationalen Dr. Rüchenthal als Finanz- und Justizminister und von dem Nationalsozialisten Dr. Franzen als Kultus- und Innenminister. Der letztere war bis dahin Amtsgerichtsrat in Kiel. Da die alten Regierungen das Land in die größte finanzielle Not gebracht hatten, so hieß die erste Parole der neuen Regierung: Sparsamkeit. Gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten wurde die Dreizahl der Minister sofort auf zwei herabgesetzt. Außerdem wurde gleichzeitig ein Antrag eingebracht, das bis jetzt gültige Ministerpensionsgesetz unverzüglich aufzuheben. Dieses Ministerpensionsgesetz garantierte jedem abgehenden Minister, der 6 Jahre im Amt gewesen war, mindestens drei Fünftel seines Ministergehaltes als Pension. Das Gesetz war seiner Zeit in dem Augenblick geschaffen, als es darum ging, zwei sozialdemokratische Minister in den Genuß einer lebenslänglichen Rente von jährlich 12 000 Mark zu versetzen. So etwas wird es in Zukunft nicht mehr geben. Die Minister erhalten von jetzt ab bei ihrem Abgang nur noch auf die Höchstdauer eines Jahres ein Uebergangsgehalt. Damit soll ihnen die Rückkehr in einen bürgerlichen Beruf ermöglicht werden. Die Sozialdemokratie hatte außerdem im Jahre 1927 die Gehälter für ihre sozialistischen Minister trotz der allgemeinen Notlage um 50 Prozent erhöht, d. h. von 12 000 auf 18 000 Mark heraufgebracht. Das soll schon in nächster Zeit ebenfalls rückgängig gemacht werden, die Minister werden nur noch 12 000 Mark Jahresgehalt beziehen. Da, wie oben erwähnt, die dritte Ministerstelle eingespart wird, so werden also in Zukunft insgesamt 30 000 Mark allein bei den Ministergehältern gespart.

Für die innere Verwaltung zerfällt das Land Braunschweig in 3 Kreise, die unter der Führung von sogenannten Kreisdirektoren stehen. Diese Direktoren haben eine nicht geringe Machtbefugnis, und auch darin zeigte sich das parteimäßige Machtstreben der Sozialdemokratie, daß sie fast alle Posten mit Sozialisten besetzte. Und zwar nicht nach dem Maßstab der Tauglichkeit, sondern einfach auf Grund des Parteibuches. Das war eine sehr üble Angelegenheit, die sehr viel böses Blut gemacht hat. Es ist nicht uninteressant zu erfahren, daß z. B. von diesen 6 Direktoren 2 früher Schriftföher waren, ein dritter war Volksschullehrer. Sie traten die

neuen Posten nicht etwa nach einer entsprechenden Zwischenstation an, die sie vielleicht infolge außerordentlich hoher Geistesgaben für höhere Ämter geeigneter gemacht hätte, sondern ihre radikale Parteigeistung sorgte für ihre Beförderung. Sie zeigten sich dann als Kreisdirektoren auch vollkommen unfähig. Trotzdem blieben sie aber im Amt, und, um ihnen Platz zu machen, waren ihre Vorgänger teilweise sogar mit vollem Gehalt pensioniert worden. Das alles geschah unter einem sozialistischen Finanzminister. Die Bevölkerung war aufgebracht über solche Missetaten, und selbst weite Kreise der sozialistischen Arbeiterschaft nahmen Anstoß daran. Alle drei Direktoren sind jetzt von der neuen Regierung sofort ihres Amtes enthoben und zwangsweise pensioniert worden. Außerdem noch ein vierter, der schon seit 1923, also volle 7 Jahre sein Amt bekleidete.

Genau wie in Sachsen und Thüringen die Sozialdemokratie, solange sie am Ruder war, ihr Hauptaugenmerk auf die kulturpolitische Seite der Staatsführung richtete, d. h. mit radikalen Mitteln und Maßnahmen die kulturellen Belange des Volkes nach marxistischen Grundsätzen zu gestalten suchte, also z. B. die Schulen entchristlichte, den Religionsunterricht verbot, Kreuze und Heiligenbilder aus öffentlichen Gebäuden, Schulen und Instituten fortzuschaffen ließ und überhaupt den Atheismus predigte, wo es immer nur möglich war, genau so geschah das in Braunschweig. An Stelle des Christentums wurde die sogenannte politische Weltanschauung gesetzt, worunter nichts weiter als die Weltanschauung des Sozialismus verstanden war. Viel erwähnt und viel Aufruhr unter der Bevölkerung Braunschweigs erregte seinerzeit der Erlaß des sozialistischen Kultusministers Sievers, wonach die Volksschulen des Landes ihres christlichen Charakters verlustig gingen und einfach von Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt wurden. Das stand zwar im Widerspruch zur Reichsverfassung, konnte aber trotzdem „im Angesichte des Reiches“ zur Durchführung kommen. Auch dieses Beispiel entsprach genau den Verhältnissen im benachbarten Sachsen, wo ja auch sofort nach der Revolution sämtliche staatlichen Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen abgeändert wurden. Alle Beschwerden und Proteste der christlichen Elternschaft hatten auch in Braunschweig keinen Erfolg. Parallel mit dieser Entchristlichung ging die Abänderung des Geschichtsunterrichts in den Schulen, mit anderen Worten: eine neue Auffassung des vaterländischen Gedankens. Es wurden vom Kultusminister zu diesem Zweck sogenannte „Geschichtsbilder“ herausgegeben, die als Unterlagen für den Unterricht gelten sollten. In diesen Geschichtsbildern wurde leider nicht die Liebe zur deutschen Heimat geweckt, sondern in tendenziöser Form wurden die Revolutionen in den einzelnen Weltepochen für den marxistischen Gedanken ausgewertet. Das Kind wurde regelrecht zum Revolutionshelden erzogen.

Statt der Belehrung in christlichen und vaterländischen Dingen sah man sehr peinlich auf die Anteilnahme der Kinder an rein staatlich-republikanischen Feiern. So ereignete sich noch vor kurzem ein ganz unglaublicher Fall. Der erwähnte Minister Sievers, der früher einmal Kommunist und dann Mehrheitssozialist wurde, und bis jetzt das Kultusministerium innehatte, erließ noch kurz vor seinem Rücktritt eine Verfügung, wonach eine 11-jährige Schülerin, weil sie auf Anordnung ihres Vaters nicht an einer Volksversammlungsfeier teilgenommen hatte, von allen braunschweigischen Schulen verwiesen wurde. Die Eltern der Schülerin wohnten auf dem Lande und die Versammlungsfeier wurde in der entfernt gelegenen Stadt abgehalten. Und zwar an einem Sonntag. Der Vater hielt das Kind zurück, weil es den Sonntag der Familie verbringen sollte. Der Fall wurde in ganz Braunschweig sofort öffentlich bekannt und rief große Entrüstung hervor.

Im Afrikanischen Zwischenseegebiet.

1. Caput Nil.

Dort bei Jinja öffnet der Viktoriassee an einer schmalen Stelle sein Nordufer zu einem vierflügeligen Tor. Raum merklich für das menschliche Auge fliehen die blauen Fluten heran, um dann plötzlich rasend geworden über Klippen und Steine hinunter zu springen. Das donnernde Grollen und der schiebende Dampf erzählen dem Beschauer von der Wucht des stürzenden Wassers. Es war für mich ein beweglicher Augenblick, als ich an dieser Stelle des inneren Afrika stand. Das Wasser, das hier in viergeteilter Flut dem See entströmt, fließt als segenspendender Fluß durch den Sudan und Ägypten. Es ist der Nil.

Einen Monat später stand ich im Norden des Sukobabegirkes auf der Westseite des Sees. Von einem breit und behäbig dahingestreckten Berggründen aus, auf dem das unendliche Gras nur durch die Bananenhaine der Bahaya unterbrochen wurde, schaute ich nach Norden hinüber, wo die Grenze von Uganda dahinsieht. Auch dort ist das kahle Ufer des Sees geöffnet. Hier aber nimmt der See die Wasserflut auf, die vom Westen daherkommt. Zwischen einem breiten Band von Papyrus, dessen grüne Wedel wie ein dichter Wald das Sumpfland decken, zieht die graue Flut des Ragera, den man den Quellfluß des Nil nennt.

Aus dem Westen kommt er in weiten, fast aus Grottesken grenzenden Windungen. Aus dem innerafrikanischen Zwischenseegebiet bringt er seine Wasser, aus jenem Lande zwischen dem Viktoriassee im Osten und dem Atbara im Westen. Dort im Lande Ruanda habe ich ihn zweimal überschritten. Das erste Mal brachte eine sehr praktische Fährte unser Auto bei Kigali über den Fluß. Das zweite Mal setzte ich im schmalen Einbaum über ihn, wo die statliche Kirche der evangelischen Missionsstation

Alle erwähnten Anordnungen Sievers, sowohl auf rein religiösem wie auch auf vaterländischem Gebiet, sind von der neuen Regierung rückgängig gemacht worden. Es war allerdings die höchste Zeit, denn das Volk hatte keine Lust mehr, diese Zustände zu ertragen. Der Wahlausfall gibt ja für die Stimmung der Bevölkerung die besten Aufschlüsse. Man muß feststellen, daß trotz der großen sozialistischen Welle, die das Land nach allen Enden durchzogen hat, der christliche Kerngedanke erhalten geblieben ist, und daß die weitaus größte Mehrheit der vernünftiger denkenden Massen zu den alten Idealen zurück will. Man muß immer wieder betonen, daß das weltanschauliche Moment bei allen Vorgängen in jenen Ländern, wo der Sozialismus sich am ziellosesten ausbreiten konnte, nach und nach immer stärker von allen Gesichtspunkten in den Vordergrund getreten ist. Warum? Weil das Volk instinktiv fühlt, daß nur von diesem Boden aus eine Gesamterneuerung deutscher Kultur und Staatspolitik und nicht zuletzt des deutschen Führertums selbst möglich ist. Das braunschweigische Beispiel zeigt aber auch von neuem, daß in Wirklichkeit selbst hinter den radikalsten Bannertagern des Sozialismus und auch des Kommunismus Massen stehen, die zum allergrößten Teil sich gar nicht die christlichen Kulturgüter rauben lassen wollen und nur infolge des politischen Schlagwortes allmählich auch zur Vernachlässigung und sogar Bekämpfung des Religiösen verleitet worden sind. Sie wissen längst, daß irgendwas mit ihren sozialistischen Führern nicht stimmt, zumal diese in den ganzen 12 Jahren seit Kriegsende auch auf rein politischem Gebiet keine entscheidenden Erfolge aufzuweisen konnten. Sie warten also im Grund darauf, ob denn nun endlich „jemand anders“ in der Lage sein wird, die Dinge zu meistern. Diejenigen Führer werden also die Massen hinter sich haben, die den Arbeitern Brot und — was nicht weniger wichtig ist — neue geistige Ideale geben.

Neben Sachsen und Thüringen fängt nun Braunschweig an, sich vom Banne des Marxismus freizumachen. Es wäre heute verfehlt, schon Endgültiges über die Weiterentwicklung vorauszusagen. Die Hauptsache ist, daß das Volk endlich wieder Vertrauen in die Führung gewinnt. Ein Anfang dazu ist gemacht. Diejenigen Führer werden auch das braunschweigische Land zu einer neuen Zukunft führen, die den natürlichen und religiösen Bedingungen des Volkes voll und ganz gerecht werden.

Aus dem Ruhr-Kohlenrevier.

Höchst betrübend sieht es im Ruhr-Kohlenrevier aus. Die Halbenbestände sind bis Ende September auf 7,5 Millionen Tonnen gestiegen. Wenn man an den Jochen vorübergeht, sieht man überall Berge von Koks und Kohlen aufgehäuft, trotzdem wöchentlich mindestens zwei Feierschichten eingelegt sind. Mehr als 100 000 Ruhrbergleute sind arbeitslos. Sie möchten gerne arbeiten, und die Pflaster wissen davon zu sagen, wie gerade auch die jungen Leute, die abgelegt sind, sich zu Dutzenden des Morgens bei ihnen einfinden, um nach einer Möglichkeit der Arbeit zu fragen. Jüngst sollte in einem Vorort von Dortmund eine Siedlung begonnen werden. In kurzer Zeit waren schon 50 Vergleute notiert, die gern als Handlanger oder bei dem Ausschachten Dienste leisten wollten. Aber immer neue Bewerber fanden sich ein, so daß die Liste geschlossen werden mußte, weil unmöglich mehr Ungelernte Aufnahme finden konnten.

Furchtbar hegen täglich die kommunistischen Blätter, insbesondere der „Westfälische Kämpfer“, ein Ableger der Berliner „Roten Fahne“, und malen auf dem dunklen Hintergrunde der deutschen Misere das Paradies Sozialismus in leuchtenden Farben. Dennoch sind es nur Vereinzelte, die dem Lockruf dorthin folgen, und die Berichte lauten sehr widersprechend. Die einen singen

Kirinda vom nahen Berge hernieder grüßte. Der Nyaworongo ist das Caput Nil.

Hoffentlich verknüpft sich für viele meiner Leser mit diesem Namen die dankbare Erinnerung an das Buch, das einzig ist in seiner Art. Dr. Richard Kandt, der seinerzeit als deutscher Resident mitten in Ruanda in Kigali wohnte, hat in seinem gleichnamigen Buche eine Wirklichkeitschilderung des Landes und Volkes mit einer dichterischen Schönheit und Empfindsamkeit in unübertrefflicher Meisterschaft zu verbinden gewußt. Sein Buch hat diesem eigenartigen Lande gewiß viele Freunde gewonnen. Ich möchte hoffen, daß es dies unsterbliche Werk noch heute tun wird, wiewohl das Mandat über Ruanda vom Völkerbund jetzt dem Staate Belgien übertragen ist.

Soviel mir bekannt ist, hat seit dem Kriege, abgesehen von einigen deutschen katholischen Patres, kein Deutscher das Land betreten. Wir beiden evangelischen Missionare, mein Begleiter und ich, dürften die ersten neben ihnen in diesem Lande gewesen sein. Gerade darum möchte ich die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf jenes Land richten, das seinerzeit der volkreichste Teil des alten Deutsch-Ostafrika war.

2. Die Hungersnot.

In den letzten Jahren ist ja Ruanda für kurze Zeit wieder einmal in den Mittelpunkt eines flüchtigen Interesses auch für Deutschland getreten. Das war, als die deutschen Zeitungen die Nachrichten über die gewaltige Hungersnot brachten, die das Land heimsuchte. Die Nachrichten stammten aus englischen Quellen, die sich wiederum wohl namentlich aus Berichten der englischen C. M. S. (Englische Kirchen-Mission) speisten. Die Hungersnot war entstanden durch das Ausbleiben des üblichen Regens. Nicht nur Europa, sondern auch Afrika hat in den letzten Jahren unter anomalen Witterungsverhältnissen gelitten. Noch im

dem dortigen Leben ein Loblied, vermutlich bestellte Arbeit, die anderen kehren mit Enttäuschung zurück.

Mit den wirtschaftlichen Fragen beschäftigte sich auch die religiös-pädagogische Tagung in Dortmund in den Räumen der größten und neuzustellten Lehrerbildungsstätte Deutschlands, der pädagogischen Akademie, die vor einigen Tagen feierlich eröffnet ist. Dort redete der bekannte Dr. Tillde, Dozent der Universität Frankfurt, über Religion und Technik, indem er sagte: „Die Technik der Neuzeit kann den Menschen vom Reinechanischen befreien. Der Mensch, der aber mit dem Dämon der Maschine umgeht, steht vor einem neuen Schicksal, das über ihn hereinbricht. Der Mensch wird aus dem Arbeitsprozeß herausgestoßen. Vor diesem Schicksal stehen wir heute. Das grundsätzliche „Ja und Nein“, das wir zur Technik sprechen, muß dazu führen, daß sie anders gestaltet wird als heute, daß sie eingebaut wird in eine sinnhafte und nicht in eine dämonische Gesellschaft.“

Der Akademiedirektor Prof. Dr. Körber sprach über „Die religiös-sittliche Erziehungsaufgabe der Schule an der Jugend des technischen Zeitalters“. Er stellte die Frage: „Ist die Jugend des technischen Zeitalters überhaupt gewillt, das Evangelium zu hören und zu verstehen?“ Und er gab die Antwort: „Ich habe den Optimismus, zu sagen, daß unsere Jugend gewillt ist, den letzten Grund zu finden, von dem aus das Leben angepaßt und gemessert werden kann. Unsere Jugend ist ein einwurzeltes Geschlecht, das um Hilfe ruft.“

Lastenabbau und Mehrarbeit.

Eine Entschliebung des Deutschen Groß- und Ueberseehandels.

Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels beendete seine Berliner Tagung, nachdem Reichsminister Dr. Brüning seine angekündigte Rede wegen der Verhandlungen im Reichstag abgelehnt hatte, mit der einstimmigen Annahme einer Entschliebung.

In dieser Entschliebung wird der neue Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung als ein Anfang zur Gesundung der öffentlichen und der Privatwirtschaft begrüßt und eine Ergänzung des Regierungsprogramms durch Sanierung der Arbeitslosenversicherung, durch den Abbau der Einkommen- und der Hauszinssteuer, die Durchführung einer Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden, und schließlich durch die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand gefordert. Die Notwendigkeit eines Agrarprogramms wird bejaht, eine Abänderung des bisherigen Systems der Handelspolitik dagegen abgelehnt.

Von Bedeutung ist ein in der Entschliebung enthaltenes Hinweis, wonach die Reparationslasten in ihrer jetzigen Höhe für Deutschland untragbar sind, zumal infolge der internationalen Preisbildung und der Geldwertveränderung die Reparationslasten eine Vervielfachung und damit für Deutschland eine Vervielfachung erfahren haben.

Der Schlusssatz der Entschliebung lautet: „Der Groß- und Ueberseehandel ist sich bewußt, daß seine Lage nicht allein durch die Lastenentlastung behoben werden kann, auch ist er durchaus bereit und gewillt, durch gesteigerte Leistungen der deutschen Volkswirtschaft seine Unentbehrlichkeit zu beweisen.“

Deutscher Vortrag im Landwirtschaftsinstitut.

In der Generalversammlung des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts regte Reichsminister a. D. Dr. Hermes im Auftrag der deutschen Regierung an, in Zukunft eine regelmäßige Zusammenstellung der Berichte über Stand und Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in den verschiedenen Ländern zu sichern. Insbesondere sollen die Fragen der genossenschaftlichen Verkaufsorganisation der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aufmerksam verfolgt werden.

Anfang dieses Jahres erlebte ich eine Regenzeit, die mit der Fülle von Wasser, die sie brachte, nach der Aussage alter Afrikaner ganz außergewöhnlich war. In den vorhergehenden Jahren fehlte es dagegen an Wasser. Dies bedeutet für ein Land in Afrika immer eine Katastrophe. Saat und Ernte sind hier völlig abhängig von dem rechtzeitigen Eintreten der Regenzeit und von der genügenden Wassermenge bestimmter Monate. Da nun der Regen monatelang ausblieb, konnte keine Saat wachsen. Die Speise für die Millionen von Bewohnern fehlte. Ein großes Sterben begann.

Wenn man, wie ich, aus den reichen Ländern um den Viktoriassee mit ihrer Fülle von Bananen, Kaffee, Zuckerrohr, Süßkartoffeln, Maniok usw. kommt, dann erhält man noch heute einen Eindruck davon, wie die Hungersnot im Lande Ruanda gewütet hat. Wohl sind viele der Eingeborenen wieder völlig bei Kräften. Aber viele andere sind doch recht spärlich und armselig anzusehen. Sie haben offenbar die Folgen eines monatelangen Hungers noch nicht überwinden können. Ich habe auch einzelne Neger gesehen, deren entkräfteter Körper noch heute weder leben noch sterben kann. Mir fielen besonders die spärlichen Gestalten der Kinder von 6 bis 12 Jahren auf.

Ich habe mit Leuten sprechen können, die in keinerlei Abhängigkeit von der belgischen Mandatsverwaltung stehen. Sie haben mir versichert, daß die Regierung in jenen Jahren das Menschenmögliche getan hat, um die Bevölkerung zu erhalten. Unübersehbare Tönnen von Lebensmitteln sind herbeigeschafft worden, um dem großen Hungersterben zu wehren. Unzählige schwarze Menschen sind durch diesen Dienst vom sicheren Hungertode errettet worden. Auch die Missionen, die im Lande arbeiten, haben natürlich alle ihre Kräfte angespannt, um dem Elend zu steuern. Es wird die deutschen Leser erfreuen, daß besonders auch von der evangelischen Station Kirinda aus tatkräftige Hilfe geleistet werden konnte.

Start e
Erfolgreiche
geschwinde

Die G
verzeichnen.
kannt durch
nische Fragen
schen Hannot
Kaleitewagen
Zepelin an
vollen Erfolg
einmal hüpft

Bei der
um einen P
die Stelle d
ten, wie sie
darstellen, e
sehen.

Konstru
Kommunika
nehmen wir

Der P
dener Gölle
auf das St
zunächst auf
keine Verp
war das B
schon aus d
heuer hervor
furchtbarem
kometer lang
Nach d
wie eine K
und einem
allseits eine
Die dur
Kilometer,
sich hier, e
noch weit m
bei den bis
dürfte norm
von 200 K
werden könn
Der Au

Der Au
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Der M
Von vorn n
raum, einer
die Fahrgä
einem Kaut
In beiden C
flächen. Der
Skelett, das
Radwerk d
Bau Stahl
Der M
200 genügen

Neue Taten deutscher Technik.

Start eines Schienen-Zeppelins.

Erfolgreiche Probefahrt. — 200 Kilometer Stunden-
geschwindigkeit. — Erster Schritt zur Propeller-
Eisenbahn.

Hannover, 20. Oktober.

Die Geschichte der technischen Erfindungen hat eine neue Großtat von unabsehbarer Tragweite zu verzeichnen. Die Deutsche Flugbahn-Gesellschaft, bekannt durch ihre jahrelangen Studien über verkehrs-
nische Fragen, führte auf dem Burgwedeler Moor, zwischen Hannover und Celle, auf der einst die Dpesschen Kutschenwagen ihre ersten Fahrten unternahmen, einen „Zeppelin auf Schienen“ vor und erzielte damit einen vollen Erfolg. Vielleicht wird der Tag der Probefahrt einmal historische Bedeutung erlangen!

Bei dem „Zeppelin auf Schienen“ handelt es sich um einen Propeller-Triebwagen, der bestimmt ist, an die Stelle der heutigen größeren Beförderungseinheiten, wie sie die D-Büge mit ihren zehn Dieselmotoren darstellen, einen schnelleren Betriebswagenverkehr zu setzen.

Konstrukteur des Triebwagens, dessen Fertigstellung natürlich noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, ist Ingenieur Krudenberg.

Der Probefahrt wohnte ein großer Kreis geladener Gäste bei, die mit gespannter Aufmerksamkeit auf das Startzeichen warteten. Ihre Geduld wurde zunächst auf die Probe gestellt, denn es gab eine kleine Verzögerung, aber dann war es so weit. Raum war das Zeichen zum Start gegeben, da schon aus dem Waldesdunkel ein silbergraues Ungeheuer hervor und rasch mit Blüheschnelle und unter furchtbarem Motorengelatter über die acht Kilometer lange Versuchsstrecke dahin.

Nach der Probefahrt wurde das Fahrzeug, das wie eine Kreuzung zwischen einem kleinen Zeppelin und einem Rennwagen größten Formats anmutete, allseits einer genauen Betrachtung unterzogen.

Die durchschnittliche Geschwindigkeit betrug 150 Kilometer, die größte etwas über 180, doch hätte sich hier, eine längere Versuchsstrecke vorausgesetzt, noch weit mehr herausheben lassen! Auf Grund der bei den bisherigen Versuchen gemachten Erfahrungen dürfte normalerweise eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 200 Kilometer unter allen Umständen erreicht werden können.

Der Aufbau des Schienen-Zeppelins.

Der Rumpfraum des Fahrzeuges ist 20 Meter lang. Von vorn nach hinten besteht er u. a. aus dem Gepäckraum, einem Nichtraum mit 12 Sitzen für die Fahrgäste, dem Eingangsraum mit Vorrichtung und einem Rauchzimmer mit 12 Sitzen für die Gäste. An beiden Seiten entlang laufen große Doppelfensterflächen. Der Wagenkörper hat ein biege- und drehbares Skelett, das ein statisch in sich geschlossenes räumliches Gerüstwerk darstellt. In der Hauptsache ist bei dem Bau Stahl verwendet worden.

Der Motor leistet maximal 500 PS, aber schon 200 genügen, um den 18 500 Kilogramm schweren Wa-

gen mit dem Fahrpersonal plus 40 Passagieren im 160-Kilometer-Tempo vorwärts zu schleudern.

Neue ungeahnte Perspektiven für die Eisenbahn eröffnen sich.

Geht es, der Propeller-Eisenbahn den Weg freizumachen, dann kann die Eisenbahn die Sicherheit des Bahnverkehrs mit der Schnelligkeit des Flugzeugverkehrs vereinigen und durch einen künftigen Schnellverkehrsverkehr die Entfernungen zwischen den großen Wirtschaftszentren auf ein Minimum herabdrücken.

Allerdings wird es bis zur Erreichung dieses Zieles bei aller Anerkennung der Erfolge der ersten Probefahrt noch harter Arbeit und Mühe bedürfen.

Das „Enten-Flugzeug“.

Ein eigenartiger Anblick.

Die Bewohner der westlichen Berliner Vororte hatten dieser Tage einen seltenen Anblick.

Das neue „Enten-Flugzeug“ der Hode-Wulf-Flugzeugwerke U. G. Bremen hatte am Vormittag seinen ersten Überlandflug angetreten und erreichte nach einer Zwischenlandung in Braunschweig in den späten Nachmittagsstunden die Reichshauptstadt.

Das „Entenflugzeug“ hat daher seinen Namen erhalten, weil es gleich einer Ente den Grund erweckt, als ob eine normale Maschine rückwärts fliegt. Die Eigentümlichkeit der „Ente“ besteht darin, daß das Höhenruder vorn liegt, infolgedessen ein Schwanz, wie er bei normalen Flugzeugen üblich ist, hinten fehlt.

Die „Ente“ ist ausgerüstet mit zwei 100-PS-Siemens-Motoren und wird von dem bekannten Flieger Cornelius Elzard gesteuert, der auch sämtliche Versuchs- und Probeflüge mit der Maschine in Bremen ausgeführt hat. An Bord befindet sich außerdem Hans Holle, der Berliner Vertreter der Firma Hode-Wulf.

Das Flugzeug, das bereits von den Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt übernommen wurde, und mit Zulassungsnummer versehen worden ist, ist damit als voll leistungsfähig anerkannt worden und dürfte in Zukunft eine Umwälzung auf dem Gebiet des Flugzeugbaues hervorrufen, da seine hervorragenden Flugeigenschaften ein Ueberbieten und damit einen Abstieg unmöglich machen. Die Hode-Wulf-„Ente“ wird in den nächsten Tagen in Berlin wiederholt Flüge ausführen und der Öffentlichkeit vorgeführt werden.

Bau eines Stratosphärenflugzeuges.

Berlin, 20. Oktober. Wie die „Berliner Montagspost“ erfährt, wird von den Junkerswerken in Dessau mit Unterstützung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ein Stratosphärenflugzeug gebaut. Das neue Flugzeug, das sich bei seinen Fahrten in Höhe von 11 000 Metern bewegen werde, soll nach Schätzungen von Experten eine Stundengeschwindigkeit von 800 Kilometern erreichen können.

Rabinett Brüning bleibt.

Mißtrauensanträge durch Übergang zur Tagesordnung abgelehnt.

Die Reichstags-Sitzung am Sonnabend dehnte sich bis in die erste Morgenstunde des Sonntags aus. Auch die letzten Verhandlungen verliefen zum Teil recht stürmisch, es wurden noch zahlreiche Ordnungsrufe erteilt. Es kam noch zu einer ziemlich scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem demokratischen Abgeordneten von Oldenburg-Jaunshau, der die Person des Reichspräsidenten in die Debatte gezogen hatte.

Sie war dazu durch eine Spende der Kranken aus den Bodelschwingh'schen Anstalten in Bethel bei Bielefeld im Stande. Was Regierung und Missionen so vereint getan haben, muß dankbar anerkannt werden.

Daß diese Hilfe nicht noch durchgreifender und wirkungskräftiger war, liegt in Verhältnissen, die Menschenkräfte überschreiten. Das Land ist sehr weiträumig. Man muß auf einer der bis an die 2000 m ansteigenden Bergeshöhen gestanden haben und ringsum auf die grasbedeckte Weite gesehen haben, um das ganz zu verstehen. Dazu gibt es ja noch keine Eisenbahn im Lande, die etwa große Mengen Lebensmittel schnell weiterbefördern kann. Auch die Autostraßen sind naturgemäß nicht zahlreich, wenn sie auch überall die Hauptorte miteinander verbinden. Nach dem Osten des Landes, wo die Hauptnot herrschte, führt nur eine einzige Straße. Vor allem aber liegt Ruanda ja im tiefsten Innern des Kontinents. Es war ein langer Weg durch den weiten Kongo bis hierher an die Westgrenze des belgischen Gebietes.

Daß die Mandatsverwaltung darauf bedacht ist, alles zu tun, um eine ähnliche Katastrophe nach menschlichem Ermessen in Zukunft unmöglich zu machen, sieht man deutlich beim Durchfahren des Landes. Jedes der breiten Täler zwischen den himmelhoch sich wölbenden Bergen ist mit Feldern bedeckt, wo Süßkartoffeln, Hirse und Bohnen gebaut werden. Früher liefen die Wilden des Landes, die Tuisi, diese Täler brachliegen und erlaubten dem schwarzen Ackermann, dem Hutu, nicht, dort seine Felder anzulegen. Waren doch die bewässerten Felder für ihre Rube die letzte Reserve an Futter. Diesem Mißbrauch hat die belgische Mandatsverwaltung ein Ende bereitet. Jetzt ist jedes Tal, zumal nach einer Regenzeit wie der letzten, ein wahrer Gartenspalisade. Dort unten, wo das Wasser fließt, wird Speise wachsen, auch wenn auf den Bergen schon alles von den Glutten der afrikanischen Sonne vertrocknet und versengt ist.

Fortsetzung folgt.

Neue Abrüstungstagung.

Aus New York wird die Abfahrt der amerikanischen Abordnung für die zu Anfang November nach Genf einberufenen Abrüstungskommission des Völkerbundes gemeldet. Führer der Delegation sind der Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Brüssel, Gibson, und der Gesandte in der Schweiz, Wilson. Ueber die Instruktionen, die Präsident Hoover der Abordnung erteilt hat, sind von amtlicher Seite Mitteilungen nicht gemacht worden. Man hört jedoch, daß auch die Vereinigten Staaten von einer Fortsetzung der bisherigen, recht kläglichen Verhandlungsmethode nichts wissen wollen. So berichtet z. B. die Londoner „Times“ aus Washington:

„Es scheint kein Zweifel zu bestehen, daß die Vereinigten Staaten versuchen werden, durch das Gewicht ihres eigenen Einflusses und mit Unterstützung der britischen Regierung der Ueberzeugung Geltung zu verschaffen, daß den Arbeiten der Vorbereitenden Kommission ein Ziel gesetzt und das größere Werk in Angriff genommen wird, zu dem sich die Nationen durch den Versailler Vertrag verpflichtet (!) haben. Es scheint tatsächlich, daß die Liquidierung der Vorbereitenden Kommission das Hauptziel, wenn nicht das einzige, der amerikanischen Delegation im gegenwärtigen Zeitpunkt ist! Fragen wie die Beschränkung der Luft- und Landstreitkräfte sowie Budgeteinsparungen werden für mehr europäische als amerikanische Angelegenheiten angesehen, auch besteht kein Optimismus in der Frage der Bereitschaft gewisser Mächte, eine allgemeine Konferenz einzuberufen. Amerika glaubt jedoch, daß die Zeit gekommen ist, die Arbeit der Vorbereitenden Kommission zu beenden, ihren Mehrheits- und Minderheitsbericht zu entwerfen, sie der Welt bekanntzugeben und gebüdig (!) auf das größere Ergebnis zu warten.“

Damit dürfte die voraussichtliche Politik der amerikanischen Abrüstungsdelegation richtig gekennzeichnet sein. Mag man an sich in den Vereinigten Staaten nicht minder imperialistisch denken als in Paris, so ändert diese Uebereinstimmung doch nichts an der gewichtigen Tatsache, daß für die Vereinigten Staaten — in Angriff und Verteidigung — der Dollar und nicht die Geschütze die Hauptwaffe darstellt. Washington kann daher ehrlich und kräftig gegen die europäischen Rüstungen ankämpfen und dürfte dazu auch schon deshalb neigen, um für später, durch etwaige notwendige Zugeständnisse in der Frage der Kriegsschulden sich nicht der Gefahr auszusetzen, Frankreich den Bau weiterer Festungen und Kriegsschiffe ungewollt zu erleichtern.

Aber auch unter Berücksichtigung dieser Momente sind die Aussichten für einen erfolgreichen Abschluß der vorbereitenden Abrüstungstagung nicht sonderlich rosig. Seit Jahren „arbeiten“ in Genf Abrüstungsausschüsse, sind Resolutionen entworfen und Paragraphen eines Abrüstungsabkommens entworfen worden, und doch sind in allen diesen Jahren die Rüstungen nicht kleiner, wohl aber die Differenzen zwischen den entwaffneten Ländern und den Staaten mit voller Rüstungsfreiheit größer geworden.

Damit hat die „vorbereitende“ Abrüstungskommission ihre Existenz auf jeden Fall verwirkt! Sie hat nur noch die Aufgabe, sich selbst aufzuheben und den Weg für die Abrüstungs-Plenarkonferenz freizumachen. Im Völkerbundsekretariat ist man diesmal guter Dinge und glaubt, daß tatsächlich so etwas wie ein Abrüstungsentwurf aus der bevorstehenden Abrüstungskommission hervorgehen wird. Ob man aber mit diesem Entwurf viel weiter anfangen können, steht noch dahin, muß man doch damit rechnen, daß die Staaten, die, wie Frankreich, an der bestehenden Ordnung nichts zu ändern finden, jede Neuordnung mit Vorbehalten belasten werden, damit deren sie — zumindest bis zur Abrüstungskonferenz — freie Hand behalten.

Wenn die Vorbereitende Abrüstungskommission wirklich in diesem Jahr ihre unerfreulichen „Arbeiten“ zum Abschluß bringt, dann würde es Aufgabe des Völkerbundesrates sein, den Termin für die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz festzusetzen. In dem von der letzten Völkerbundsversammlung angenommenen Bericht des Abrüstungsausschusses ist ein fester Termin zwar noch nicht genannt. Es wird aber ausdrücklich in dem Bericht darauf hingewiesen, daß die Völkerbundsversammlung die Einberufung dieser Konferenz im Laufe des Jahres 1931 genehmigt hat.

Für Deutschland kommt es darauf an, daß die endgültige Entscheidung über die Abrüstungsfrage dem Deutschen Reiche die volle Gleichberechtigung in den Fragen der nationalen Sicherheit gibt, diese Gleichberechtigung kann keinem Volke bestritten, und aber selbst nach dem Versailler Vertrag nicht verweigert werden, weil auch nach diesem Dokument die deutsche Entwaffnung nur der Anfang der allgemeinen Abrüstung sein sollte. Ein Land aber, das wie Deutschland wegen unerschulterter Richterfüllung unwesentlicher Bestimmungen des Versailler Vertrags viel hat erdulden müssen, das kann von der Erfüllung der wenigen Paragraphen, die in diesem Diktat der Gewalt zu seinen Gunsten sprechen, keinen Schritt abgehen!

Den Pazifisten dämmert's.

Betrübliche Erkenntnis.

London, 19. Oktober. Auf der Tagung der „Nie-wieder-Krieg-Vereinigung“ gestanden S. C. Wells, Professor Gilbert Murray und andere das völlige Fehlschlagen dieser Bewegung, insbesondere auch hinsichtlich der Erziehung der englischen Jugend ein. Es sei ihnen nicht gelungen, wirksame Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu finden. Wenn heute ein Krieg ausbrechen, so gebe es keine Organisation, die ihn verhindern könne.

Was sagen die deutschen Pazifisten dazu?

Lärmjenen im Reichstag

gab es während der Rede des Abgeordneten Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.), der darauf hinwies, daß in einem Prozeß gegen die „Rote Fahne“ ein Neugebilde ausgeteilt wurde. Eine Mitteilung der Deutschen Friedensgesellschaft habe Staatsgelder von Franzosen, Polen und Tsche-

Die Parteien zum Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 20. Okt. Im Lohnstreit der Berliner Metallindustrie liegen die Erklärungen der Parteien vor. Die Arbeitgeberseite hat den Schiedsspruch abgelehnt, die Arbeitgeberseite hat seine Verbindlichkeit beantragt.

den genommen, um für die Aufrechterhaltung des Versailles zu wirken. Der Redner fuhr dann fort: Wenn die Sozialdemokraten es einmal wagen sollten, die Aufhebung des Versailles zu verlangen, dann würde man aus Frankreich wohl noch ganz andere Dinge über die deutschen Sozialdemokraten erfahren.

Verhinderte kommunistische Nachtübung.

— Dresden, 20. Oktober. Das Presseamt des Polizeipräsidenten Dresden teilt mit: Verschiedene Momente deuteten darauf hin, daß die hiesige kommunistische „Antifa“ in der Nacht zum Sonntag eine militärische Übung plante. Das Präsidium ging den Dingen nach, und ein starkes Kommando stellte dann auch nachts gegen 1/1 Uhr in unmittelbarer Nähe der Seidemühle bei Dresden die Kommunisten, die sämtlich dem Polizeipräsidenten zugeführt wurden. Dort ergab sich durch Vernehmungen, daß es sich um eine Nachtübung des antifaschistischen Kampfbundes handelte. Die Untersuchungen über den Charakter der Übungen werden noch fortgesetzt.

Millionenklage Industrieller.

Um die Streikgelder im sächsischen Metallarbeiterstreik 1928.

Die sächsischen Metallindustriellen hatten von dem Deutschen Metallarbeiterverband und dessen Dresdener Bezirksleiter Reichgräber einen Schadenersatz von 2,3 Millionen Reichsmark gefordert, weil während des Kampfes um die Arbeitszeit in den sächsischen Metallwerken im Frühjahr 1928 unter Verletzung der gegebenen Friedenspflicht Streikgelder gezahlt worden seien. Durch diese Streikunterstützung seitens des Metallarbeiterverbandes seien die Stahlwerke in Riesa und in Döhlen um den obengenannten Betrag von 2,3 Millionen Reichsmark geschädigt worden. Das Landesarbeitsgericht Dresden hatte die Ansprüche gegen den Hauptverband abgewiesen und auch eine Haftung des mitbeklagten Dresdener Bezirksleiters Reichgräber verneint.

Das Reichsarbeitsgericht hat jetzt die Klage, soweit sie sich gegen den Deutschen Metallarbeiterverband richtet, endgültig abgewiesen, soweit sie sich jedoch gegen den Bezirksleiter Reichgräber richtet, an das Berufungsgericht zurückgewiesen.

Bei der neuerlichen Prüfung wird das Landesarbeitsgericht zu untersuchen haben, ob ein Verschulden des Bezirksleiters vorliegt und ob dieses Verschulden zu einer Verzögerung in der Beendigung des Arbeitskampfes mitgewirkt hat.

Schacht zum Young-Plan.

Der Besuch des früheren Reichsbankpräsidenten in Amerika.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht stattete auf seiner Besuchsreise durch die Vereinigten Staaten in Washington dem Staatssekretär Stimson einen kurzen Besuch ab. Später empfing er Vertreter der Presse.

Auf ihre Fragen erklärte Dr. Schacht, er halte nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß Deutschland den geschätzten Teil der auf Grund des Young-Plans vorgesehenen Zahlungen auf die Dauer nicht werde leisten können. Dr. Schacht lehnte es jedoch ab, voranzufagen, wann eine solche Möglichkeit eintreten könnte.

Er betonte, Deutschland werde nichts unternehmen, was die Lage der Welt beunruhigen könnte. Deutschland werde vielmehr auch weiterhin mit friedlichen Mitteln arbeiten und freundliche Beziehungen zur übrigen Welt aufrechterhalten.

Auf die Frage über den Stand des Abrüstungsproblems erklärte Dr. Schacht, es sei empörend, daß die übrigen europäischen Mächte nicht abrüsten.

Die Spartakenaufwertung in Preußen.

Die durchschnittlichen Aufwertungssätze schwanken zwischen 14,5 und 29,8 Prozent.

Nach amtlichen Mitteilungen steht bei der Spartakenaufwertung in Preußen einer Gesamtaktionsmasse von 1,7 Milliarden Mark eine Passivmasse von 8 Milliarden Mark gegenüber, so daß ein durchschnittlicher Aufwertungssatz von 21,4 Prozent zu errechnen ist.

Für die einzelnen Provinzen ergeben sich folgende durchschnittliche Aufwertungssätze:

Brandenburg 17,7, Berlin 14,5, Hannover 18,3, Niederschlesien 19,4, Oberschlesien 29,8, Hessen-Nassau 17,2, Elmsart (Ostpreußen und Grenzmark) 25,6, Pommern 21,8, Sachsen 20, Schleswig-Holstein 17,1, Rheinland 24,7 und Westfalen 26,9 Prozent.

Es wird jetzt geprüft, ob angesichts dieser starken Abweichungen eine einheitliche Regelung für ganz Preußen möglich ist.

Kleinarbeit im Landtag.

Eine kurze Sitzung.

— Berlin, den 18. Oktober 1930.

Im Preussischen Landtag richtet sich das Interesse auf die für Dienstag bevorstehenden Abstimmungen. Nach Abschluß der Aussprache über die Auflösungsanträge wurden noch einige kleinere Vorlagen erledigt, denen am Montag die erste Lesung des neuen Verwaltungsgesetzes für Groß-Berlin folgen wird. Ein Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtreichs Marburg wurde dem Gemeindevorstand zur Weiterberatung überwiesen. Die vom Handelspolitischen Ausschuss ausgearbeiteten Bergarbeiter-Anträge wurden bis auf die Abstimmungen, die gleichfalls am Dienstag stattfinden werden, erledigt. Desgleichen der deutsch-nationale Antrag auf zeitweise Beschränkung der Freizügigkeit nach Berlin. Bei der Beratung eines weiteren deutsch-nationalen Antrags, der die Ablehnung jedes Zwanges zur Teilnahme an den Verfassungsfeiern fordert, und der im Ausschuss abgelehnt worden ist, erklärte der Parteileiter Schwarzhaupt, die grundsätzliche Pflicht der Beamten und Lehrer zur Teilnahme an Verfassungsfeiern müsse anerkannt werden, Zwangsmassnahmen seien jedoch abzulehnen. Weitere Redner meldeten sich nicht zu Wort.

Kirche, Schule, Mission.

Die diesjährige Wiener Volksmissionskonferenz soll, so Gott will, wieder im November, und zwar 9. bis 12. im Festsaal des Christlichen Vereines Junger Männer, Wien VII, Rempingasse 15, stattfinden. Als Konferenzgegenstand ist gewählt: Unser apostolisches Bekenntnis.

In den Abenden finden Berichte und Evangeliumsverkündigung statt.

Es wird gebeten, schon jetzt den Besuch dieser Konferenz ins Auge zu fassen und diese Veranstaltung zu weiterer Erweckung und Vertiefung unseres Volkes aufzuringeln. Für Freiwohnung und gemeinsames Essen wird vorgesorgt werden. Ausführliche Festordnung ist später von der Oesterreichischen Volksmission, Wien VII, Urban-Voritz-Platz 7, zu beziehen.

Verschiedenes.

Internationales Schülerlager in Schottland im August veranstaltet von dem Weltbund der Christlichen Vereine Junger Männer (Genf). Vom Bund deutscher Bibelkreise (BR) beteiligte sich eine Abordnung von 17 Gliedern, meist Primanern, unter Leitung des Bundesvorsitzenden Dr. Kerk. Sie waren von der Aufnahme und dem Zusammensein vor allem mit den Gastgebern, den schottischen Bibelkreisleitern und Mitgliedern der Christlichen Vereine Junger Männer sehr befriedigt. Es herrschte ein gesunder nüchterner Geist, der es ermöglichte, daß man sich mit der Sachlichkeit, die Christen immer eigen sein sollte, auch über schwierige internationale Fragen, wie die Kriegsschuldfrage, offen aussprechen konnte. Die innere Verbundenheit zeigte sich besonders bei dem gemeinsamen Bibelstudium, das von dem Vertreter des Weltbundes, Herrn von Prosch, geschickt vorbereitet und geleitet wurde. Es war ein sich Grübeln und Verstehen einer Bewegung, die in den einzelnen Ländern das gleiche will, nämlich der gebildeten Jugend die Lebenskräfte der Bibel vermitteln.

Arbeiter-Freizeit. Vom 5.—11. Okt. fand in Herren- als die erste süddeutsche Freizeit evangelischer Arbeiter- und Angestelltenführer (Evang. Sekretärvereinigung) statt, auf der Privatdozent Dr. Wendland über „Das Bekenntnis des Glaubens“ sprach und Dr. Faber die Möglichkeiten der Wirtschaftserweiterung durch Lohnveränderungen behandelte. Die Versammlung beschloß die jährliche Abhaltung dieser Freizeit.

Die Erholungslager für schulpflichtige Knaben.

Die das evangelische Jungmännerwerk Deutschlands bereits seit Jahren in den Sommermonaten in allen Teilen des Reiches durchführt, zeigen neuerdings ein sprunghaftes Anwachsen. Während noch 1929 die Zahl der Verpflegungstage mit 187 000 festgestellt wurde, ergibt eine vorläufige Uebersicht über den Sommer 1930 bereits mehr als 300 000 Verpflegungstage, was einem Gesamtaufwand von ca. 600 000 Mark entspricht. Damit dürfte das evangelische Jungmännerwerk Deutschlands, das diese Arbeit unter dem Namen „Kameradschaft“ einheitlich zusammengefaßt hat, auf dem Gebiete der Kindererholungsarbeit führend sein, eine Tatsache, die um so bemerkenswerter ist, als diese Arbeit weithin in der Stille durchgeführt wurde und deshalb nach außen hin nicht soviel wie andere, zum Teil jüngere Unternehmungen dieser Art von sich reden machte. Bemerkenswert ist noch, daß die Verwendung von Zeltlagern, die in der Jungvolkarbeit unter den Schülertklassen einen breiten Raum einnimmt, hier bei der Erholungsfürsorge für Kinder stark zurücktritt. Nur etwa 3 Prozent der oben genannten Ziffern entfällt auf Zeltlager, während im übrigen in der Hauptsache die großen Jugenderholungsheime der evangelischen Jungmännerbünde oder Landheime einzelner Gruppen die Stützpunkte für diese umfassende Kindererholungsarbeit bilden.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Adolf Just, Kehrt zur Natur zurück! Die Heilweise der Natur nach ewigen Gesetzen. 12. Auflage (44. bis 49. Tausend). Neu bearbeitet von Rudolf Just. Kartiert RM. 5.—, in Leinen gebunden RM. 6.50. Verlag der Heilwende-Gesellschaft Luvo's G. m. b. H. Blankenburg i. Harz.

Der ungewöhnliche Anklang, den das vorliegende Werk überall gefunden hat, weist besondere Gründe auf. Hier spricht kein Lebensreformer, auch keiner jener meist mit einem Stroh in der Hand behafteten Naturapostel. Hier redet ein Mann, der mit offenen Augen durch die Welt geht und der im eigentlichen Sinne nichts anderes tat, als die Natur abzulesen. Und die Größe seiner Auffassung zeigt sich schon darin, daß es ihm nicht nur darauf ankommt, Kranke zu heilen, Siedhe zu stärken, sondern daß er überhaupt den unsäglich einfachen Weg zeigt, gesund zu bleiben. Die Antworten auf diese Fragen gab ihm die Natur selber. Adolf Just gelangt zu Antworten, die in ihrer Einfachheit überraschen und deren Anwendung sich tausendfach bewährt. Denn seit fast 35 Jahren werden sie praktisch mit größtem Erfolge genutzt.

Der große Vorteil dieses nun in der 12. Auflage vorliegenden Lebenswerkes Adolf Just's, liegt in der vollständig schlichten, ungekünstelten Darstellung natürlicher Weisheiten, die jedem erlauben, ohne alles Medizinerwissen gesund zu bleiben oder gesund zu werden, wo hierzu noch natürliche Möglichkeit besteht.

Bethel.

— Mittwoch, den 22. Oktober

Feuerwehrübung.

Pünktlich antreten.

Der Brandmeister.

Anzeigen aus Bethel.

— Trostendes Anmachholz hat abzugeben Morija.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. H. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Symphonie-Konzert

des Bethel-Orchesters

am Mittwoch, dem 22. Okt. 1930, abends 8¹⁵ Uhr

im Assapheum

unter Leitung des Musiklehrers Herrn Paul v. Hagen

am Klavier Herr Karl Royer

Vortragsfolge:

1. Sinfonietta W. A. Mozart
a. Allegro b. Andante c. Finale
2. II. Satz (Adagio) aus d. Violin-Konzert L. Mendelssohn
Solist Herr Kurt Biermann, Arrangem. für Viola Solo
10 Minuten Pause
3. Präludium und Fuge J. S. Bach
4. Konzert in D-dur für Cello J. Haydn
a. Allegro moderato b. Adagio c. Allegro
Solist Herr Paul v. Hagen
5. Ouvertüre zur Oper Iphigenie in Aulis Chr. W. Gluck

Das Programm kostet 25 Pfg. und berechtigt zum Eintritt

Am Ausgang wird eine Sammlung zur weiteren Ausgestaltung des Orchesters erhoben

Flensburgerhof

Christl. Erholungsheim

Station Müde i. Hessen.

Strecke: Gießen-Fulda.

Ausgedehnte Waldungen. Höhen-

luft. Ländl. Stille. Elektr. Licht.

Bad. 4 Mahlzeiten. Tagespreis

von 3.50 bis 4.50. Prospekt gratis

auf Verlang. Bibelheim Flens-

burgerhof, Post Müde i. Hessen.

Südamerik. Maté

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd.

franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise

auch in Ophtr. erhältlich.

Stellengesuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik
ERNST DAVID
gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den
= Posaunen-Chören =
bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester
Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch
Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen“ — Seite 20—26
— Katalog und Preisliste gratis.

Werbt für den Aufwärts!

Lebensstellung!

Ein Werk der Inneren Mission sucht für seine Verlags- und Vertriebsbuchhandlung einen tüchtigen und gewissenhaften

Geschäftsführer.

Bevorzugt wird Buchhändler, der auch zugleich gründliche kaufmännische Kenntnisse besitzt und bilanzfähig ist. Bedingung ist eine klare innere christliche Einstellung. Nach Probezeit fester Lebensstellung. Zunächst nur allgemeine Meldung mit Angabe des bisherigen Werdeganges und Gehaltsansprüche erwünscht unter N 7157 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. Nur Herren, welche obigen Anforderungen entsprechen, wollen sich melden.

Täglich frisch gerösteter

Kaffee

In Qualität zu billigsten Engrospreisen direkt an Private

per Pfd.

Feiner Haushaltskaffee RM 2.55

Bremer Guatemala-Mischg. RM 2.90

Perl-Mocca RM 3.10

Beste Sorte RM 3.40

Costarica, pikant RM 3.50

Verpackung wird nicht berechnet. Ab 9 Pfd. portofrei.

Ab 5 Pfd. wird nur halbes Porto berechnet. Rücknahme bei Nichtgefallen.

Georg Wank Jr., Bremen, Postfach 822.